

STRATEGIEPODIUM | Freiheitsgefährdungen für LSBTI durch Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

Um Diskriminierung gezielt zu bekämpfen, ist eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung notwendig. Wie kann eine offene Gesellschaft verteidigt und ausgebaut werden? Welche Allianzen und Strategien braucht es dazu?

Über die Diskussion im Strategie-Podium [Klaus Jetz]

Zu diesen Fragen diskutierten im Strategiepodium, moderiert von **Dr. Julia Borggräfe**, LSVD und **Dr. Andrés Nader**, Geschäftsführer der RAA [Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V.] Berlin, Vertreter_innen aus Zivilgesellschaft, Politik, Kirche und Wissenschaft: **Aleksej Urev** [Landeskoordination Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben und Schwule in NRW], **Dr. Zülfukar Çetin** [Stiftung Wissenschaft und Politik], **Carolyn Hesidenz** [Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-DOK der Stadt Köln], **Barbara Loth** [Staatssekretärin in der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen], **Elke Ferner** [Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend], **Dr. Bertold Höcker** [Superintendent des Evangelischen Kirchenkreises Berlin Stadtmitte], **Anetta Kahane** [Amadeu Antonio Stiftung] und **Günter Dworek** [LSVD].



Aleksej Urev



Dr. Julia Borggräfe



Dr. Andrés Nader

Aleksej Urev, Landeskoordinator der Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben und Schwule in NRW, berichtet von vielfältigen Diskriminierungserfahrungen, die von Anpöbeleien bis zu Gewalttaten reichen. Die Orte sind zahlreich: von Schule, eigener Wohnung und Arbeitsplatz bis hinein in die TV-Sender, in denen homophobe und transphobe Einstellungen [re-]produziert werden. Auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Gleichstellung und Bekämpfung von Diskriminierung lassen zu wünschen übrig. Urev wünscht sich, dass Homo- und Transphobie auch in anderen gesellschaftlichen Kontexten immer mitgesehen wird: „Andere müssen mit ins Boot geholt, und gemeinsam müssen Gegenstrategien entwickelt werden. Wir müssen uns vernetzen und zusammen nach außen auftreten.“ Von der Politik erwartet er eine klare Positionierung für Vielfalt und gegen Diskriminierung sowie mehr Res-

sourcen für Community-basierte Projekte, denn nur sie können einen Beitrag zur Erhellung der Dunkelziffer von Diskriminierung und Gewalt leisten.

Dr. Zülfukar Çetin von der Stiftung Wissenschaft und Politik betont den Zusammenhang von Homophobie und Rassismus sowie die Tatsache von Mehrfachdiskriminierung. Da die dominanten Strukturen in der Gesellschaft heteronormativ, männlich und Weiß sind, fühlen sich viele Menschen dieser Gesellschaft nicht ganz zugehörig. Die Wissenschaft kann dieses Problem nur sehr begrenzt angehen. Sie kann die Problembereiche erkennen, benennen, analysieren und beschreiben, doch nur politischer Aktivismus ist letztlich in der Lage, Netzwerke zu mobilisieren und gegen Diskriminierung und Ausgrenzung aktiv zu werden.

Carolin Hesidenz von der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-DOK der Stadt Köln weist darauf hin, dass die extreme Rechte das Thema ‚Geschlecht‘ zentral besetzt. So fordert z.B. die Neonazi-Szene die Wiedereinführung des Paragraphen 175. Der Rechtspopulismus pflegt dagegen mehr das Feindbild Islam und gibt sich zu diesem Zweck hin und wieder sogar ‚homosexuellenfreundlich‘. Pegida wiederum verteufelt Islam *und* sexuelle Selbstbestimmung bzw. Gender Mainstreaming. Gegen solche rechtsextremistischen Stimmungen kann Bildung einen wichtigen Beitrag leisten. Doch auch ‚institutionalisierte Menschenfeindlichkeit‘ ist laut Hesidenz ein großes Problem. Besonders von Politik und Verwaltungen wünscht sie sich mehr Offenheit zur Selbstreflexion sowie die Bereitschaft zur Infragestellung, auch zur Veränderung eigener Strukturen. Ein gutes Vorbild ist das NRW-Eckpunktepapier gegen Rechtsextremismus.



Dr. Zülfukar Çetin



Barbara Loth



Elke Ferner

Barbara Loth, die Staatssekretärin in der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, bestätigt, dass es in Berlin eine hohe Dunkelziffer von Anfeindungen gibt, die bis in die Mitte der Gesellschaft reichen. Gegen diese Minderheitenfeindlichkeit engagiert sich der Senat auf mehreren Ebenen. So entwickelte er ein Programm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie die ‚Initiative Sexuelle Vielfalt‘, für die bis jetzt 2,5 bzw. 1 Million Euro zur Verfügung gestellt wurden. Der Senat, so Loth, hat die Zivilgesellschaft eingebunden und Expert_innen-Netzwerke geschaffen. Er fördert außerdem Opferhilfe, Beratung und Sensibilisierungsarbeit in Gesellschaft und Verwaltung der Stadt wie z.B. die Registerstellen in Berlin, wo sich auch Opfer homo- und transphober Gewalt melden können.

Elke Ferner, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, lobt die Bemühungen in Berlin und NRW, weist aber auch auf andere Bundesländer hin wie etwa Bayern, wo es keine derartigen Initiativen gibt. In Bezug auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene verweist Ferner auf die Zwänge des Koalitionsvertrages. Die Bundesregierung hat im BMFSFJ ein eigenes Querschnittsreferat „Gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Geschlechtsidentitäten“ geschaffen, das die Koordinierung für den Bereich LSBTI innerhalb der Bundesregierung übernommen hat. Es widmet sich auch der Projektförderung [der Kongress „Respekt statt Ressentiment“ wurde so ermöglicht]. Das Programm „Demokratie leben“ fördert insgesamt zehn Projekte mit vier Millionen Euro. Elke Ferner hebt die Arbeit der interministeriellen Arbeitsgruppe zum Themenkomplex Trans- und Intergeschlechtlichkeit hervor, die unter der Federführung des BMFSFJ die Arbeit aufgenommen hat, um den gesetzgeberischen Handlungsbedarf in Bezug auf die Menschenrechte von trans- und intergeschlechtlichen Menschen zu gewährleisten. Zudem arbeitet eine Arbeitsgruppe aus BMFSFJ und BMI aktuell daran, den bestehenden ‚Nationalen Aktionsplan‘ gegen Rassismus um die Aspekte Homo- und Transphobie zu erweitern. Auch Symbolpolitik hat für Ferner eine Bedeutung, z.B. das Hissen der Regenbogenflagge vor dem Ministerium in 2014, die Unterzeichnung der IDAHO-Erklärung durch Ministerin Schwesig sowie klare Statements, dass Diskriminierung nicht hinnehmbar ist.



Podiumsrunde



Publikum



Publikum

Dr. Bertold Höcker, Superintendent des Evangelischen Kirchenkreises Berlin Stadtmitte, erklärt, dass das Thema Homo- und Transphobie alle dem Naturrecht unterworfenen Religionen angeht. Was nicht der Fortpflanzung dient, wird allen von diesen Religionen abgelehnt. Allein der Protestantismus in Deutschland hat durch eindeutige Positionierungen dieses Problem überwunden. Kirchliche Strukturen seien veränderungsresistent, weil sie oft sakralisiert und damit unantastbar sind. Kommen Veränderungsprozesse jedoch von oben, sind sie umsetzbar. So hat z.B. der Kirchenkreis Mitte für sein Netzwerk an Kitas und Schulen das Konzept „Open and Affirming“ aus der New Yorker Partnergemeinde eingeführt: Formulare wurden modernisiert, Personal wird in Richtung Regenbogenkompetenz geschult, bei Einstellungsgesprächen wird auch nach Sexualpädagogik und LSBTI-Themen gefragt. „Das gehört ganz klar dazu, schließlich ist die Evangelische Kirche ein Tendenzbetrieb“, erklärt Dr. Höcker.

Für die Organisator_innen resümierten **Anetta Kahane** [Amadeu Antonio Stiftung] und **Günter Dworek** [LSVD] das Strategie-Panel.

Kahane beklagt auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen eine neue Welle der Minderheitenfeindlichkeit. Die diskriminierten Gruppen ziehen sich jedoch oft zurück, weil es ihnen an Selbstreflexion über ihre Eigenverantwortung in Bezug auf gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fehlt. So werden sie häufig eher zu gesellschaftlichen Objekten statt zu handelnden Subjekten. Auch Diskriminierungsopfer sind nicht vor der Reproduktion von Vorurteilen gefeit. Aber Selbstreflexion könne man auch nicht immer nur von anderen erwarten. Eine solche Einstellung befördere statt einer Solidarisierung zwischen verschiedenen Gruppen eher eine Art von Opfer-Konkurrenz.



Dr. Bertold Höcker



Anetta Kahane



Günter Dworek

Günter Dworek erinnert an die heftigen Auseinandersetzungen um das AGG vor zehn Jahren. Damals gab es ein gutes solidarisches Bündnis für Nichtdiskriminierung, das man neu beleben könnte. Auf der Bundesebene muss endlich – unter Einbindung der Zivilgesellschaft – mit der Arbeit am ‚Nationalen Aktionsplan‘ begonnen, der Name des Aktionsplans entsprechend aktualisiert werden. Der Bund kann wichtige Impulse setzen: in Bezug auf die Menschenrechtsbildung, die Stärkung der Zivilgesellschaft und der Zivilcourage, in rechtlicher Hinsicht durch die Reform des Transsexuellengesetzes und die Ehe für Alle sowie die Prävention im Hinblick auf die Täter_innen. Dagegen hält „schlechte Symbolpolitik“ weiterhin die Exklusion aufrecht, wie das gerade vom Bundestag verabschiedete Gesetz zur Hasskriminalität demonstriert, in dem Homo- und Transphobie aus nicht nachvollziehbaren Gründen fehlen. Dies muss im Rahmen des Nationalen Aktionsplanes dringend revidiert werden. Der LSVD kündigt an, „nicht eher Ruhe zu geben, bis diese Ziele erreicht sind“.

Bericht: Klaus Jetz, LSVD-Geschäftsführer